

Bezugspreis:

Preis: 16,50 Mk. monatlich, 5,30 Mk. vierteljährlich, 20,10 Mk. halbjährlich, 39,60 Mk. jährlich. ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Zeit' erscheint wochentags zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 25. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die schlagendste Anzeigenzeile kostet 2-3 R. ...

Noch keine Lösung der Krise.

Die Kabinettsumbildung.

Das Zentrum bringt an Stelle Erzbergers den Direktor Cuno von der 'Kypak' als Reichsfinanzminister in Vorschlag. ...

Ob sich die Gewerkschaften, denen die von der sozialdemokratischen Fraktion anerkannten acht Punkte Einfluss auf die Regierungsbildung einräumen, mit dieser Lösung einverstanden erklären werden, ist noch nicht bekannt.

In seiner Mittwoch-Abendausgabe sagt das 'Berliner Tageblatt', daß die Mehrheitssozialdemokratie ursprünglich den Genossen Otto Wels für den Posten des Reichswehrministers in Aussicht genommen, jedoch mit Rücksicht auf die radikaleren Kräfte dann aber sehr rasch von dieser Kandidatur Abstand genommen hätte. ...

Die Parlamente.

Die für Donnerstag anberaumte Sitzung der Nationalversammlung ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. ...

Der Reichstagspräsident hat die Ermächtigung erteilt, die Sitzung der Nationalversammlung auf den 2. April zu verschieben. ...

Die Bestrafung der Kappbrüder.

Dem Reichstag ist durch den Justizminister Schiffer ein Gesetzentwurf zugegangen betreffend die Aburteilung der mit den hochverräterischen Unternehmen vom März 1920 zusammenhängenden Straftaten durch die ordentlichen bürgerlichen Gerichte. ...

Panzerwagen für Meuterer!

Der Republikanische Führer-Bund teilt uns mit: Der gestern im 'Vorwärts' gemeldete Befehl über die Aufstellung der im Kampfswagenpark Sanitweg vorhandenen Panzerwagen ist nach am selben Tage, Dienstag nachmittag ausgeführt worden. ...

glaublicherweise ist auch der am Umsturz hauptsächlich beteiligte Marinebrigade 2 (Ehrhard), die angeblich entwaffnet werden soll, Dienstag nachmittag ein Zug, bestehend aus 4 Panzerwagen, übergeben worden, nachdem der Befehl dazu trotz mehrfacher Anfragen des Panzerwagenparks von zuständigen Stellen nicht widerrufen worden ist.

So gibt man den Meuterern noch besonders stark und gefährliche Waffen in die Hand, die bereits erklärt haben, sie hätten gar nicht daran, sich ent Waffen und entlassen zu lassen oder ihre eibtrüchtigen Offiziere anzuliefern!

Noch ein unzuverlässiger General? Der Kampf um Münster.

Aus Münster wird uns von einem Parteigenossen, dessen Informationen wir für durchaus zuverlässig halten müssen, ein Bericht über die Lage in Münster zugeandt, der insbesondere auf die Haltung des Generals v. Watter ein mehr als eigentümliches Licht wirft. ...

Der Kampf in Münster ging um den Exreaktionär General v. Watter vom Befreiungskommando VI Münster. Die gesamte Arbeiterchaft Münsters und die des gesamten Westens verlangen die sofortige Abberufung dieses Kalkspieblers. ...

Telegraphisch forderten wir vom Reichslangler Bauer die unverzügliche Entfernung Watters. Die Abstellung unserer Beschwerden wurde und telegraphisch zugelangt, und wir hoffen dringend, daß sich der Entfernung des Generals ein Verfahren wegen Hochverrats anschließen wird. ...

Die Verschuldigungen, die unser Gewährsmann hier vorbringt, sind außerordentlich schwer und für den General Watter befallend. Wir wiederholen die Forderung nach schleuniger Untersuchung des Falles, und sollte sich hierbei auch nur ein Teil der hier vorgebrachten Verschuldigungen als richtig herausstellen, so wird die Reichsregierung wissen, was sie zu tun hat.

Das Marloh-Urteil bestätigt!

Berlin, 24. März. (SW.) Das kriegsgerichtliche Urteil gegen Oberleutnant Marloh ist von der Regierung bestätigt worden. Das Urteil, welches Marloh wegen des Befehls zur Erschießung der 20 Matrosen freisprach und ihn nur wegen unbefugter Entferrnung zu einem Monat Zerkungshaft perurteilte, ist damit rechtskräftig geworden. ...

Sonderfrieden Amerikas mit Deutschland.

Washington, 24. März. Dem Repräsentantenhaus ging ein Gesetzentwurf zu, der zu einem Sonderfrieden zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ermächtigt. Der Entwurf sieht die Schaffung eines Handelsrates vor, der so rasch als möglich dem Kongress einen besonderen Entwurf für die Leistung von Krediten an Europa unterbreiten soll. ...

Zur Regierungsfrage.

Von Friedrich Stampfer.

Gestern ist hier die Bildung einer reinen Arbeiterregierung als die augenblicklich günstigste aller denkbaren Lösungen bezeichnet worden. Unter einer reinen Arbeiterregierung war eine Regierung verstanden, in der neben den beiden sozialdemokratischen Parteien auch Vertreter der dem Zentrum und den Demokraten angeschlossenen Gewerkschaftsvereinigungen mitwirkten. ...

Die reine Arbeiterregierung wäre natürlich nichts anderes gewesen, als eine auf die bisherige Mehrheit zuzüglich der Unabhängigen gestützte Koalitionsregierung. Sie konnte nur bestehen, wenn die bürgerlichen Parteien helfen wollten, ihr eine Mehrheit zu schaffen, das heißt, wenn sie die Gewerkschaftler aus ihren Reihen als ebenso vollgültige Vertrauensmänner betrachteten, wie etwa Herrn Schiffer oder Herrn Gehler oder Herrn Bell. ...

Was war es also? Unter dem Namen einer reinen Arbeiterregierung sollte eine Koalitionsregierung gebildet werden, die aus Sozialdemokraten beider Fraktionen und aus solchen Mitgliedern der bürgerlichen Parteien bestand, mit denen einerseits die Sozialdemokraten beider Richtungen zusammen zu arbeiten bereit waren, die aber andererseits in den bürgerlichen Mittelparteien genug Vertrauen bekamen, um dem Kabinett eine parlamentarisch tragfähige Grundlage zu geben.

Warum ist dieser Plan, kaum daß er auslauchte, ge scheitert? Weil man sich an dem Namen steck! Der Name machte den Unabhängigen den Eintritt in die Koalition möglich, die Bürgerlichen meinten jedoch, daß er ihnen den Eintritt in sie unmöglich mache. Die Arbeiterregierung, sagten sie, würde in allen Kreisen, die nicht zur Arbeiterchaft im engsten Sinne des Wortes gehören, den Eindruck erwecken, als ob sie von jeder Einflußnahme auf die Reichs- und Staatsleitung ausgeschlossen, gewissermaßen für minderen Rechts erklärt werden sollten, auch würde eine solche Regierung im Ausland nicht das Vertrauen finden, das Deutschland zur Wiederaufrichtung seines Wirtschaftslebens notwendig braucht.

Solche Bedenken sind nicht in den Wind zu schlagen, aber ihnen ist entgegenzutreten, daß es sich jetzt nur darum handelt, aus den furchtbaren Schwierigkeiten der Zeit bis zu den Wahlen herauszukommen. Nach den Wahlen, also in acht bis neun Wochen, muß entsprechend ihrem Ergebnis die Regierung sowieso wieder umgebildet werden, bis dahin ist aber eine Regierung notwendig, die den Kampf gegen rechts mit Entschlossenheit führt und zu deren Festigkeit man die weit hinein in die äußerste Linke der Arbeiterbewegung Vertrauen legt. ...

Da nun die reine Arbeiterregierung ihres Namens wegen nicht gewünscht wird, so bleibt die Aufgabe, unter anderem Namen eine Regierung zu schaffen, die den gleichen Zweck erfüllt. Es gibt vielleicht in den bürgerlichen Parteien Männer, die keine Gewerkschaftsvertreter sind und doch mindestens dieselbe Gewähr für eine Linkseinschwenkung der Regierungspolitik bieten wie die ihnen angeschlossenen Gewerkschafter. ...

Allerdings könnte man diesen Vorwurf nicht erheben, wenn von der umgebildeten Regierung gesagt werden dürfte: 'Derselbe haben und dieselbe Nummer.' Die umgebildete Regierung muß den Mut haben, einzugehen, daß Fehler begangen worden sind, und sie muß die Entschlossenheit bekunden, diese Fehler zu korrigieren. Sie muß sich auf die breiten Massen der Arbeiterchaft stützen, so daß für diese die Verteidigung der Republik und die Verteidigung der Regierung selbst gleichbedeutend sind. ...













